

Stand: 29.12.2025 05:44:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18384

"Fluchtwege sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18384 vom 14.10.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19040 des VF vom 28.10.2021
3. Beschluss des Plenums 18/19484 vom 08.12.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 08.12.2021



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Andreas Krahl, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoglu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Fluchtwege sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. ein Landesaufnahmeprogramm für aus Seenot gerettete Menschen auf den Weg zu bringen.
2. parallel eine Bundesratsinitiative zur Änderung des § 23 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) einzubringen. Länder sollen, ohne ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat herstellen zu müssen, Menschen in Not zusätzlich zu dem ihnen zugewiesenen Anteil von bereits in Deutschland angekommenen Geflüchteten aufnehmen können. Für eine humanitäre Aufnahme soll künftig die Benehmensherstellung mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat genügen.
3. sich auf Ebene des Bundes u. a. im Rahmen von Innenministerkonferenzen sowie auf Ebene der EU für die Beseitigung von Fluchtursachen, legale Fluchtwege sowie für eine zeitnahe Lösung zur Rettung, Aufnahme und Verteilung in Seenot geratener Geflüchteter einzusetzen. Ein Aspekt muss sein, dass Schiffen mit in Not geratenen Menschen zukünftig nicht mehr die Einfahrt in sichere Häfen verwehrt wird.
4. sich auf Ebene des Bundes und der EU für die Wiederaufnahme staatlicher Seenotrettungsprogramme einzusetzen.

Begründung:

Weltweit sind Millionen Menschen vor Krieg, Terror, politischer Verfolgung sowie den Folgen der Klimakrise und Armut auf der Flucht. Die beste Möglichkeit, um die Menschen vor der oft gefährlichen Flucht aus ihrer Heimat und allen damit auf die Lebensführung der Betroffenen assoziierten negativen Folgen zu schützen, ist eine Bekämpfung von Fluchtursachen. Diese erfolgt bisher aufgrund fehlender internationaler Solidarität nicht. In der Folge sucht ein Großteil der Flüchtenden Schutz in den zumeist ebenfalls instabilen Nachbarregionen ihrer Herkunftsländer. So ist beispielsweise die Situation in libyschen Lagern verheerend. Folter und sexualisierte Gewalt sind dort an der Tagesordnung. Es verwundert nicht, dass angesichts solcher Bedingungen die Verzweiflung der Geflüchteten dazu führt, sich zur Flucht über die lebensgefährliche Seeroute zu entscheiden.

Die Tatenlosigkeit der EU-Mitgliedstaaten bei der Rettung in Seenot geratener Flüchtlinge ist inakzeptabel und durch nichts zu rechtfertigen. Die Regierungen, auch die Bundesregierung, tragen die politische Verantwortung für die humanitäre Katastrophe im

Mittelmeer. Die Landesregierung darf nicht wegsehen, wenn durch staatliches Versagen Leben und Sicherheit so vieler Menschen gefährdet wird. Im Kontrast dazu stehen zivilgesellschaftliche Initiativen zur Seenotrettung sowie die zahlreichen Menschen, die sich ehrenamtlich um die soziale Integration der Geflüchteten vor Ort, in den Kommunen, bemühen. Sie retten Menschenleben, wo Staaten es unterlassen.

Wie unverzichtbar Seenotrettung ist, zeigt exemplarisch der Einsatz der Sea-Eye 4 am 01.09.2021, bei dem 29 Menschen aus einem seeuntüchtigen Boot auf offenem Meer gefunden werden konnten. Unter den Geretteten waren zwei hochschwangere Frauen, zwei Säuglinge und zwei Kleinkinder. Bei den erwachsenen Geflüchteten handelt es sich ausnahmslos um Jugendliche oder sehr junge Erwachsene. Niemand von ihnen hätte eine Mittelmeerüberquerung überlebt.

Die Aufnahmebereitschaft spiegelt sich u. a. auch in der kommunalen Teilnahme an der internationalen Bewegung „Seebrücke“ wider. Deutschlandweit setzen so bereits 267 Städte und Gemeinden ein Zeichen für die Entkriminalisierung der Seenotrettung, in Bayern sind bereits 26 Kommunen beteiligt, und ihre Anzahl wächst. Ein wichtiger Aspekt der Teilnahme an der Initiative „Seebrücke“ ist die Erklärung der Kommunen, gerettete Geflüchtete vor Ort aufzunehmen. Zivilgesellschaftliches Engagement ernst zu nehmen bedeutet, diese kommunale Bereitschaft landesseitig effektiv zu unterstützen.

Die Staatsregierung kann Verantwortung übernehmen, indem sie ein Landesaufnahmeprogramm gemäß § 23 AufenthG einrichtet. Zeitgleich soll sie über den Bundesrat oder über die Innenministerkonferenz auf eine grundsätzliche Änderung von § 23 AufenthG hinwirken. Bisher sind Entscheidungen über Landesaufnahmeprogramme oberster Landesbehörden vom Einvernehmen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat abhängig. Eine Änderung, die dazu führt, dass die obersten Landesbehörden selbst Verantwortung für ihre Entscheidungen übernehmen können, korrespondiert direkt mit besseren Fördermöglichkeiten kommunaler Hilfsbereitschaft. Konkret kann durch eine Überführung der bestehenden Einvernehmensregelung in eine Regelung der Benehmensherstellung die Einrichtung humanitärer Aufnahmeprogramme flexibilisiert, erleichtert und beschleunigt werden.

Durch diese Maßnahmen können Bayern und seine Kommunen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Mittelmeeranrainerstaaten wie Italien oder Malta und Griechenland ihre Häfen für Seenotrettende wieder öffnen. Diese Länder knüpfen die Öffnung ihrer Häfen derzeit an die Zusage, dass die Aufnahme durch andere europäische Staaten gesichert ist. Wochenlange unmenschliche Wartepartien von Rettungsschiffen vor Europas Küsten würden damit verhindert, die humanitäre Katastrophe gelindert.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/18384

Fluchtwege sicherstellen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Andreas Krah**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 28. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Andreas Krah, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/18384, 18/19040

Fluchtwege sicherstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Andreas Krah

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Karl Straub

Abg. Richard Graupner

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Hagen

Staatssekretär Gerhard Eck

Abg. Gülseren Demirel

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 27** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren

Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fluchtwege sicherstellen (Drs. 18/18384)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Der erste Redner ist der Abgeordnete Andreas Krahl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich bitte Folgendes vor: Sie treten heute Abend aus dem Bayerischen Landtag hinaus, und die Straßen und Wege – man spürt es ja – werden langsam glatt. Direkt vor Ihnen rutscht jemand aus und fällt hart auf das kalte Pflaster. Aus eigener Kraft kann die Person sicherlich nicht mehr aufstehen.

Meine Damen und Herren, was tun Sie? Drehen Sie sich um und geben Sie vor, nichts bemerkt zu haben? Beschimpfen Sie die Person vielleicht, weil sie vielleicht nicht vorsichtig genug war? – Ich glaube ganz fest daran, dass die Allermeisten von uns dieser Person zur Hilfe eilen würden. Sie würden sich umdrehen und versuchen, ihr aufzuhelfen. Oder zumindest vergewissern Sie sich, dass ein Rettungswagen schon unterwegs ist. Menschen in akuter Not zu helfen, ohne lange zu zögern, ist doch die einzig normale, ja die einzig menschliche Reaktion auf so etwas.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch direkt vor unserer Haustüre, nur haben wir sie aus diversen Gründen leider nicht im unserem Sichtfeld, sind Menschen in höchster Not. Die Not dieser Menschen ist sogar so groß, dass sie ihre Heimat und alles Vertraute zurücklassen. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt, Elend und Hoffnungslosigkeit.

Meine Damen und Herren, dabei verlieren diese Menschen das Letzte, was ihnen geblieben ist. Sie verlieren ihr Leben; sie verlieren ihre Kinder; sie verlieren ihre Eltern, ihre Geschwister, ihre Partner oder ihre Partnerinnen. Manchmal werden diese Geflüchteten dann gerettet, buchstäblich in letzter Sekunde, bevor ein viel zu kleines Boot im Mittelmeer versinkt, das eigentlich viel rauer ist, als unser touristischer Blick es je wahrnimmt.

Ich stehe heute hier vor Ihnen, weil ich in diesem Sommer dabei sein durfte, als 29 Menschen auf dem Mittelmeer gerade noch rechtzeitig von der Sea-Eye 4 und ihrer Crew gerettet werden konnten. Ich war bei einem Einsatz als Paramedic viereinhalb Wochen Teil der Crew. Ich habe diese Menschen medizinisch betreut, bis ihnen ein sicherer Hafen in Porto Empedocle gegeben wurde. Es steht allerdings fest: Eine neue Heimat wird dieser sichere Hafen nicht.

Ich kann Ihnen heute eines sagen: Es ist eine Sache, von den Zuständen in den libyschen Menschen-Camps zu lesen. Es ist aber eine ganz andere Sache, wenn man die Narben auf der Haut eines zweijährigen Kindes sieht.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar." Meine Damen und Herren, mit diesen Worten beginnt unser Grundgesetz. Die Würde dieser Menschen wurde mehrfach brutal niedergetreten. Trotz alledem sind sie voller Hoffnung auf dieses Europa, das sich selbst so gerne mit Freiheit und Gleichheit assoziiert. Sie sind voller Hoffnung darauf, dass ihr Leben von nun an mit dem Hochgezogenwerden auf dieses Rettungsschiff endlich besser wird; von diesem eifersüchtigen Gerangel unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wer sie nicht aufnehmen muss, ahnen sie bis dato wenig. Alles, was ich ihnen in ihr neues Leben auf diesem Schiff mitgeben konnte, war ein gebrauchtes T-Shirt, eine Flasche Wasser, eine Dose Erdnüsse und ein alter Turnbeutel.

"Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Meine Damen und Herren, gilt dieser Satz nur, wenn wir nicht schnell genug wegsehen und

uns der Verantwortung entziehen können? Die Seenotrettung im Mittelmeer wird ausschließlich von zivilgesellschaftlichem Engagement getragen. Meine Damen und Herren, das ist bis heute ein handfester Skandal. Das ist ein Armutszeugnis für Bayern. Das ist ein Armutszeugnis für Deutschland und erst recht ein Armutszeugnis für Europa! Das ist der finale Ausverkauf dessen, was uns ausmacht: Menschlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In ein paar Tagen schauen sich viele von uns eine Aufnahme oder eine Aufführung eines Krippenspiels an. Sie besuchen einen Weihnachtsgottesdienst oder verfolgen daheim vor dem Fernseher die Christmette. Niemand von uns will sich so kurz vor der Bescherung eingestehen, dass wir heute hier eigentlich noch viel schlimmer sind als die Wirtsleute in der Weihnachtsgeschichte.

Im Sinne dessen, was uns alle ausmachen soll, im Namen unserer Menschlichkeit, appelliere ich heute eindringlich an Sie: Setzen Sie alles daran, dass die Seenotrettung staatliche Verpflichtung wird! Setzen Sie alles daran, dass Menschen fliehen können, ohne ihr Leben zu riskieren! Setzen Sie alles daran, die Aufnahme geretteter Geflüchteter in Bayern zu ermöglichen! Meine Damen und Herren, das wäre das einzig Normale, ja das einzig Menschliche. Das wäre die einzig menschliche Reaktion auf die humanitäre Katastrophe vor der Haustür Europas.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Karl Straub, CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vorweg, Herr Kollege Krahl, es ehrt Sie sehr, dass Sie viereinhalb Wochen auf einem solchen Schiff verbracht haben. Auch Kollege Rinderspacher hat es bereits einmal getan, und auch für die CSU-Fraktion und für die FREIE-WÄHLER-Fraktion ist es

überhaupt keine Frage, dass Leute, die im Mittelmeer in Seenot sind, gerettet werden müssen.

Sie verkennen aber bei Ihrem Antrag, dass das Problem schon viel früher anfängt. Wir haben im Ausschuss darüber schon einmal diskutiert. Sie sagen, wir müssen alles daransetzen, dass sichere Fluchtwege da sind. Ich glaube, wir müssen alles daransetzen, dass die Leute nicht mehr flüchten müssen, dass sie in ihren Heimatländern ein auskömmliches Leben haben.

Sie reden hier vom Mittelmeer, wo die Lage sicherlich dramatisch ist. Ich habe Ihnen schon mal ein Gespräch mit Klaus Steiner aus unserer Fraktion empfohlen, der sich sehr intensiv mit der Afrika-Problematik beschäftigt. Es sterben schon Tausende von Menschen in der Sahara, weil dieser Fluchtanreiz da ist, weil die Schlepper ein festes System haben, bei dem die Seenotrettung schon einkalkuliert ist.

Ja, wir befinden uns in einem Teufelskreis, aber ich glaube nicht, dass Sie den Menschen helfen, wenn wir mit der Lösung des Problems da ansetzen, wo Sie es tun. Wir müssen in den Heimatländern ansetzen, um den Leuten die bestmögliche Hilfe in den Heimatländern zu geben, sodass sie überhaupt nicht mehr in die Lage kommen, flüchten zu müssen. Das ist wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben gesagt, das sei eine Schande für Bayern. Ich glaube, Bayern muss sich in Sachen Flüchtlingspolitik überhaupt nichts vorwerfen lassen. Ich erinnere daran, wie Bayern die Flüchtlingskrise 2015 bewältigt hat. Ich muss in dem Zusammenhang noch einmal allen Kommunen danken, die alles gegeben haben, um den Flüchtlingen hier ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Hier davon zu sprechen, dass sich Bayern einer Schande schuldig macht, ist eigentlich eine Schande. Bayern ist da sehr, sehr vorbildlich.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine ganz große europäische Aufgabe, das ist keine Bundesaufgabe und schon gar keine Landesaufgabe, sondern das ist eine europäische Aufgabe. Da appelliere ich an die Europäische Union, dass sie dieses Problem sehr, sehr ernsthaft angeht. Einige Dinge – Herr Krah! Sie wissen es – sind von der Europäischen Union auch schon auf den Weg gebracht worden.

Wir sind uns, glaube ich, im Ziel vom humanitären Aspekt her überhaupt nicht uneinig, aber der Ansatz der GRÜNEN ist meines Erachtens der komplett falsche Weg. Ich weise heute schon zum dritten Mal auf den Koalitionsvertrag hin. So können wir meiner Meinung nach den Menschen nicht helfen, sondern wir schaden den Menschen eher, weil noch viele Tausende Menschen mehr in der Sahara ihr Leben lassen werden.

Ich möchte Ihnen aber da in keiner Weise irgendeine Schuld zuschieben. Unser Ansatz ist aber hier der Richtige, und Ihrer ist, glaube ich, verkehrt.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben eine Zwischenbemerkung. Herr Krah! bitte.

Andreas Krah! (GRÜNE): Geschätzter Kollege Straub, ich tue mich mit Ihren Ausführungen ehrlich gesagt, ein bisschen schwer.

(Karl Straub (CSU): Könnten Sie ein bisschen lauter sprechen, Herr Krah!?)

– Das Mikro funktioniert?

(Karl Straub (CSU): Ein bisschen lauter!)

– Okay. Ich tue mich ehrlicherweise mit den Ausführungen ein bisschen schwer. Im Koalitionsvertrag steht, dass wir staatliche Seenotrettung befürworten und dass wir das in Zukunft unterstützen wollen.

Sie behaupten auf der einen Seite, dass wir die Menschen nicht ertrinken lassen können, sagen aber auf der anderen Seite, dass es die Seenotrettung nicht brauche und das Problem vorher angegangen werden müsse.

Ein Entweder-oder ist da meines Erachtens nicht die Frage. Aber auf welchen konkreten Weg einigen Sie sich denn jetzt? Wollen Sie eine staatliche Seenotrettung im Mittelmeer, oder wollen Sie sie nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Karl Straub (CSU): Ich bin absolut für europäische Initiativen, die hier auch schon ergriffen worden sind. Wie gesagt, ich gebe es offen zu. Das ist ein absoluter Teufelskreis, in dem wir uns befinden. Ich finde jedoch, dass der Ansatz von Ihnen verkehrt ist, die Fluchtwege sicherzustellen. In Ihrem Antrag steht, und das ist ein richtiger und wichtiger Punkt, dass wir unsere große Aufmerksamkeit darauf richten müssen, die Fluchtursachen zu bekämpfen.

(Zuruf)

– Ich habe die Frage schon beantwortet. Europa muss etwas tun, aber das ist keine bayerische Aufgabe. Im Bund haben Sie jetzt alle Möglichkeiten, sich dafür einzusetzen. Das passt mir nicht, aber das ist momentan die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Graupner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation ist klar und nicht schönzureden. Allein in diesem Jahr sind bereits über 1.600 Personen bei ihrem Versuch, sich illegal Zugang auf das europäische Festland zu verschaffen, ums Leben gekommen.

Zu Zeiten der großen Einladung durch die nun endlich verflossene Bundeskanzlerin Merkel waren es jährlich das Doppelte oder Dreifache. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen? – Da sind zunächst die viel zitierten Fluchtursachen in den Herkunftsländern, allen voran ein explosives Bevölkerungswachstum. Kein Wunder, dass so mancher nach einer Exit-Option in ein besseres, bequemer Leben sucht.

Zum anderen haben wir zwar auf dem Papier eine Gesetzeslage, welche den Umgang mit illegaler Migration europaweit regelt, aber es fehlt der politische Wille, dieses Regelwerk konsequent anzuwenden, und das mit den bekannten Folgen: Grenzen werden nur halbherzig oder gar nicht bewacht und sind durchlässig wie ein Schweizer Käse.

Frontex, ihres Zeichens eigentlich Agentur für europäische Grenz- und Küstenwache, wird zum Erfüllungsgehilfen internationaler Schleuserbanden degradiert. Diverse NGOs und sogenannte private Seenotretter tun ihr Übriges, um der halben Welt den Eindruck zu vermitteln: Wer sich auf die Reise begibt, wird mit offenen Armen empfangen. Dementsprechend stehen auch Millionen weiterer Migrationswilliger schon in ihren Startlöchern.

Welche Möglichkeiten haben wir nun, mit dieser auf Dauer unhaltbaren Situation umzugehen? – Da gibt es genau drei Möglichkeiten: Option eins. Wir lassen alles so weiterlaufen wie bisher mit den bekannten, gerade von mir erwähnten Folgen: 1.600 Tote allein in diesem Jahr.

Option zwei, das ist der Weg der GRÜNEN. Das ist der Brandbeschleuniger, der diese Entwicklung noch potenziert, der unser Bayern, unser Deutschland überführen will in jene – ich zitiere – harte, schnelle, grausame, multikulturelle Gesellschaft, wie Ihr Parteikollege Cohn-Bendit ja einst schon freimütig vorhersagte. Diese toxische Weltoffenheit kann kein Land auf Dauer verkraften.

Und wie verhalten sich die Kollegen von der CSU in dieser Situation? – Anstatt klar Farbe gegen illegale Masseneinwanderung, gegen multikulturelle Gesellschaftsexperi-

mente zu bekennen, ziehen sie sich halbherzig auf Nichtzuständigkeit zurück. Mit dieser lauwarmen und windelweichen Haltung strafen Sie Ihr Bild einer bayerischen Volkspartei Lügen. Sie sind heute weder Anwalt Bayerns noch Vertreter des Volkes.

Option drei, und das ist der Lösungsvorschlag der AfD. Der beruht auf der Erkenntnis, wir werden auch mit der Aufnahme noch so vieler Migranten die Probleme in deren Heimatländern nicht lösen; denn diese sind in erster Linie hausgemacht und nur vor Ort zu bekämpfen.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte hier nicht missverstanden werden. Keine Frage, wenn akut Menschenleben in Gefahr sind, sind diese selbstverständlich zu retten, und es ist Hilfe zu leisten. Das heißt aber nicht, dass sich daraus ein Automatismus zur Verbringung der Geretteten auf das europäische Festland ergeben darf. Im Mittelmeer Aufgegriffene haben postwendend auf afrikanischen Boden zurückgebracht zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Bereits dort müssen Zentren errichtet werden, wo Asylanträge schnell und unbürokratisch bearbeitet werden, bevor auch nur ein Migrant den europäischen Boden betritt. Denn eines ist klar: Jeder Illegale, der in unser Land und unser Sozialsystem hereinspaziert, zieht zehn weitere hinter sich her. Das darf nicht durch die Schaffung sogenannter sicherer Fluchtwege noch befeuert werden. Wir brauchen keine sicheren Fluchtwege, sondern sichere Grenzen. Wir brauchen die Festung Europa statt Wanderwege für Wohlstandspilger. Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In einer Vielzahl von Städten und Gemeinden in Bayern ist die Bereitschaft groß, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Sowohl zivilgesellschaftliche Initiativen als auch Kommunen haben diese Bereitschaft deutlich artikuliert. Ich finde diese Zeichen der Menschlichkeit ermutigend und auch wichtig. Es ist richtig, deutlich zu machen, dass wir niemanden im Mittelmeer ertrinken lassen wollen, schon gar nicht mit der Begründung, auf diese Weise Pull-Effekte zu vermeiden, oder gar mit dem Versuch, Retter zu Straftätern zu machen, meine Damen und Herren.

Wenn ich aber von AfD-Seite, vom Herrn Graupner, gerade höre, die Probleme seien hausgemacht, dann heißt das für mich nichts anderes als: Selbst schuld! – Ehrlich gesagt, meine Damen und Herren, halte ich es für zynisch und menschlich unverantwortlich, wenn wir zu den Menschen, die in Seenot geraten, zu den Menschen, die aus schwerwiegenden Gründen flüchten, sagen: Selbst schuld!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kein Menschenleben ist so wertlos, dass man es opfern dürfte, um politische Botschaften auszusenden. Aber ein bayerisches Aufnahmeprogramm rettet kein einziges Menschenleben. Das muss uns auch einmal klar sein. Ein bayerisches Aufnahmeprogramm rettet kein einziges Menschenleben, meine Damen und Herren.

Ein solches Aufnahmeprogramm oder jeder Alleingang von einzelnen Staaten oder gar von Bundesländern ist letzten Endes kontraproduktiv. Lösungen für migrationspolitische Herausforderungen müssen auf Bundesebene und vorrangig natürlich auf europäischer Ebene gefunden werden. Der Vorschlag der EU-Kommission im neuen EU-Migrations- und Asylpaket – genauer: der Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement – sieht bereits einen eigenen Solidaritätsmechanismus für Such- und Rettungseinsätze im Seenotfall vor.

Alleingänge einzelner Länder sind da schlicht und einfach nicht nur sinn- und wirkungslos. Sie sind kontraproduktiv, weil wir die Verwirklichung solcher Konzepte damit am Ende behindern.

Ich möchte aber nebenbei schon noch sagen: Bei dem, was Sie wollen, wäre eine Folge ja, dass Menschen, die wir hier aufgrund eines eigenen Landesprogramms aufnehmen würden, sofort eine Aufenthaltserlaubnis hätten, ohne ein Asylverfahren durchlaufen zu müssen. Da tue ich mich natürlich schon schwer, einen sachlichen Grund für die Besserstellung gegenüber anderen geflüchteten Personen, die regulär das Asylverfahren durchlaufen müssen, zu finden, meine Damen und Herren.

Was Sie in Nummer 1 und 2 Ihres Antrages begehren, ist aus den genannten Gründen abzulehnen. Mit Nummer 2 wollen Sie Alleingänge am Ende legitimieren. Was Sie in Nummer 3 fordern, das sind bereits zentrale Bestandteile des neuen EU-Migrations- und Asylpaketes. Da sollten wir die Dinge auch belassen, und wir sollten eben keine bayerischen Alleingänge machen. Eine bayerische Lösung allein kann schlicht und einfach auch nichts bewirken. Das liegt nicht nur daran, dass wir selbst gar keinen Meereszugang haben.

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vom vorletzten Redner geäußerte Zynismus und die Verhöhnung von Notlagen zeigen, wie Sie zur Menschenwürde stehen. Das ist jetzt schon mal der erste Artikel vom Grundgesetz. Reden Sie dann nicht von weiteren Artikeln in der Verfassung! Ganz deutlich ist das eine Situation, die Sie markiert.

Es geht darum, dass Menschen, die durch Konflikte, Epidemien oder Naturkatastrophen in Not geraten sind, unserer Hilfe bedürfen. Wir müssen Fluchtursachen bekämpfen und nicht Geflüchtete. Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges europäisches Asylprogramm und -system mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems hin zu einem solidarischen Verteilungsmechanismus beinhaltet und das Recht auf Asyl vollumfänglich wahrt und gewährt. Das Asylsystem insgesamt soll weiter europäisiert und das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden.

Meine Fraktion wird auch die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Push-Backs sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden, sondern sollte auch staatlich, durch die EU und damit auch durch uns, gewährleistet werden.

(Beifall bei der SPD)

Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren – und damit ist auch der Freistaat Bayern gemeint – bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen. Es gibt schon sichere Fluchthäfen in Bayern. Das wollen wir aufgreifen. Wir können das auch, durch § 23 Absatz 1 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes. Das wurde auch in einer Initiative der Länder Berlin und Thüringen beantragt unter dem Stichwort "Benehmen statt Einvernehmen". Es wurde von der Mehrheit abgelehnt. Mal sehen, wie das in Zukunft läuft.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Verfassung spricht von einem "Trümmerfeld". Daraus sind Menschenrechte kreiert worden, die wir neulich, aber heute insbesondere gefeiert und gewürdigt haben. So kann man im Prinzip auf

der einen Seite Dinge idealisieren, aber in der Praxis sagen: So geht es nicht, weil das möglicherweise formell nicht läuft. Wenn die Not in diesem Zusammenhang entscheidend ist, frage ich nicht, ob das möglicherweise ein Asylbewerber ist oder ein Asylbewerber wird, ob der aus wirtschaftlichen Gründen da ist, ob dem im Rahmen eines Bürgerkrieges die Hütte abgebrannt worden ist, sondern da geht es tatsächlich um christliche Werte, die hier wohl alle vertreten, bzw. um mitmenschliche Werte, die zu vertreten uns gut zu Gesicht steht. Da ist es dann schon ein Glaubensbekenntnis zu sagen: Jawohl, wir wollen helfen. Und nicht zu sagen: Ja, aber wir müssen erst mal schauen, ob die formellen Voraussetzungen passen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Fraktion hat bereits im Juni 2020 eine Anhörung zur Seenotrettung im Mittelmeer beantragt. Im Juli 2020 haben wir den Antrag "Europäische Seenotrettung – jetzt!" gestellt. Im Juli 2019 haben wir gefordert: "Solidarität mit Carola Rackete – Seenotrettung ist kein Verbrechen". Wir arbeiten an dieser Materie und finden, dass dieser Antrag der GRÜNEN in die richtige Richtung geht. Deswegen werden wir ihn unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Martin Hagen für die FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP kann diesen Antrag nicht unterstützen. Wir werden uns zu diesem Antrag der Stimme enthalten. Das hat folgende Gründe:

Wir sind uns in diesem Haus hoffentlich alle einig, dass Seenotrettung nicht blockiert werden darf und Menschen, die in Seenot geraten, gerettet werden müssen. Über die Frage, was dann passiert, besteht aber keine Einigkeit. Es muss doch klar sein, dass es ein Anreiz ist, sich in potenzielle Seenot zu begeben, wenn man weiß: Sobald man

in Seenot gerät, wird man gerettet und an einen Ort gebracht, wo man de facto einen Aufenthaltstitel erhält. – Das ist der Grund, warum so viele Menschen den Schleppern auf den Leim gehen und sich mit ihren Angehörigen in Lebensgefahr begeben.

Wenn man also möchte, dass legale Wege der Migration – auch der Flucht – gestärkt werden, dann muss man auf der anderen Seite klarmachen, dass der illegale, gefährliche und potenziell tödliche Weg, sich auf ein Schlepperboot zu begeben, nicht der Weg ist, der zum Erfolg führt. Deswegen müssen wir auf der einen Seite sagen: Wir lassen diese Menschen natürlich nicht ertrinken. – Wir müssen auf der anderen Seite aber auch sagen: Es kann nicht sein, dass jeder, der auf afrikanischem Boden ein Schlauchboot besteigt, de facto in Europa dauerhaften Aufenthalt erhält.

Aus diesem Grund haben wir Gesetze, die die Migration ordnen; diese können wir nicht dadurch umgehen, dass einzelne Bundesländer sagen: Wir nehmen, auch wenn der Bund es nach seinen Gesetzen nicht erlaubt, Menschen auf. – Denn die Entscheidung kann ja nicht bei demjenigen liegen, der dann nicht auch die komplette Verantwortung dafür trägt. Jemand, der in einem Bundesland aufgenommen wird, hat in Deutschland die Freizügigkeit, das heißt, er kann auch in andere Bundesländer gehen. Für jemanden, der in einem Bundesland aufgenommen wird, gilt die Pflicht des Bundes, finanziell für diese Person aufzukommen.

Wenn wir die Regelung der Migration auf der Bundesebene – idealerweise auf der europäischen Ebene – verorten, dann ist das dort richtig aufgehoben. Deswegen bin ich kein Freund davon, dass einzelne Kommunen oder Bundesländer sagen: Bei uns ist Platz, kommt her, wir nehmen euch! – Denn am Ende ist es eben doch der Bund, der finanziell dafür aufkommen muss. Die Entscheidung und die finanzielle Verantwortung müssen zusammenfallen. Aus diesem Grund und weil wir keine Anreize geben sollten, das gefährliche Angebot der Schlepper über das Mittelmeer weiter zu nutzen, werden wir diesem Antrag nicht zustimmen, sondern uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt noch eine Zwischenfrage. Kollege Krahel hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Andreas Krahel (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Hagen, Sie haben am Anfang Ihrer Ausführungen die sogenannte Selbstverständlichkeit – in Ihren Worten – angesprochen, dass die Geflüchteten auch durch zivile Seenotrettungsschiffe gerettet werden. In Ihren weiteren Worten haben Sie auf Pull-Faktoren, die es vermeintlich gibt, hingewiesen. Jetzt meine konkrete Frage: Ich nehme die zweite Mission der "Sea-Eye 4"; sie war drei Wochen im Mittelmeer – in der libyschen Such- und Rettungszone und in der maltesischen Seenotrettungszone – unterwegs. Beide Zonen erstrecken sich über ungefähr 12.000 Quadratkilometer. Wir waren das einzige Rettungsschiff dort. Wie hoch war die Wahrscheinlichkeit, dass ein kleines Schlauchboot von uns gefunden wurde?

Martin Hagen (FDP): Das weiß ich nicht. Ich verstehe auch nicht, was diese Frage mit dem Antrag zu tun hat.

(Andreas Krahel (GRÜNE): Sie haben gesagt, die Wahrscheinlichkeit sei hoch, dass ein Schlauchboot gefunden werde!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Martin Hagen (FDP): Na ja. Also, ich beantworte Ihre Frage; zumindest habe ich eine Ahnung, was Sie meinen könnten. – Ich bezog mich nicht auf die Wahrscheinlichkeit, dass Ihr Schiff ein Schlauchboot findet. Wenn wir davon ausgehen können, dass wir, nachdem wir uns in ein Schlauchboot gesetzt haben, entweder aus eigener Kraft die europäische Küste erreichen oder, falls wir in Seenot geraten, von einem Rettungsschiff aufgegriffen, aber nicht zum Herkunftsort zurückgebracht werden, sondern in Europa de facto Aufenthalt gewährt bekommen, dann ist das natürlich ein Anreiz, diesen Weg zu nutzen. Wir alle sind uns doch einig, dass wir nicht wollen, dass die Menschen in Afrika in Schlauchboote steigen und ihr Leben riskieren. Also sollten wir ge-

meinsam daran arbeiten, dass die Entscheidung, das zu tun, eben nicht belohnt wird. Wir sollten vielmehr legale Wege stärken und illegale Wege schwächen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Staatsregierung spricht nun Herr Staatssekretär Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist angesprochen worden; vieles kann man unterstreichen. Ich will auch die Beschreibung durch den Kollegen Krahel sehr wohl anerkennen. Es ist eine fürchterliche Situation, die wir dort erleben müssen; das stimmt. Aber nur mit Reden und Beschreibungen können wir halt die Dinge nicht lösen.

Wenn ich mir diesen Antrag anschau, dann denke ich daran, dass gerade erst die Ampel in Berlin ihren Koalitionsvertrag unterschrieben hat. Am heutigen Tag ist der Bundeskanzler gewählt worden. Wir müssen schon ein Stück weit in den Mittelpunkt rücken, was die GRÜNEN mit der SPD und der FDP in ihrem Koalitionsvertrag ausgehandelt haben. Darin findet sich dazu einfach nichts. Wir lesen nur pauschale Sätze und sonst nichts. Es findet sich nichts Detailliertes zum Aufnahmeprogramm für Mittelmeerflüchtlinge.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Nein, nur pauschale Aussagen. Wir lesen nichts zur Schleifung des § 23 des Aufenthaltsgesetzes, nichts zur Schaffung legaler Fluchtwege, nichts zu staatlichen Seenotrettungsprogrammen jenseits der EU, liebe Damen und Herren. Auch das müssen wir schon in dieser Deutlichkeit ansprechen.

Liebe Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie bitten die Bayerische Staatsregierung, in Berlin genau die Forderungen durchzusetzen, die – das muss man so sagen – Ihre Partei dort nicht durchsetzen konnten. So ist Ihr Antrag schlicht und ergreifend zu interpretieren. Ich weiß nicht, warum Sie das heute hier fordern.

Ich danke sehr herzlich für das Vertrauen in die Staatsregierung; das finde ich ganz toll und ausgezeichnet. Aber Ihr Antrag zeigt nicht den Lösungsweg auf. Ich meine, auch Sie hätten mitnehmen müssen, dass die wichtigsten Lehren aus der Flüchtlingskrise 2015 folgende waren – das ist heute schon von den Kollegen Hold und Straub angesprochen und beschrieben worden –: Keine zweifelhaften Anreize für irreguläre Migration! Die Folgen sehen wir insbesondere in Belarus. Keine deutschen Alleingänge, liebe Damen und Herren, sondern gemeinsame europäische Lösungen! Ich wiederhole das an dieser Stelle.

Genau auf diese Dinge, liebe Damen und Herren, läuft aber der Antrag der GRÜNEN hinaus. Was die Forderungen zu einem Landesaufnahmeprogramm angeht, so meine ich, dass Sie die Dimension und die Komplexität der Migrationsprobleme verkennen. Auch hierzu brauche ich nicht ins Detail zu gehen; das wurde bereits beschrieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, auf europäischer Ebene läuft überdies bereits die Arbeit an den geforderten Lösungen für die aus Seenot geretteten geflüchteten Menschen.

Die Schaffung einer staatlich organisierten europäischen Seenotrettung sehen wir als sehr, sehr kritisch an, um es an dieser Stelle ganz höflich zu formulieren.

Ich beschränke mich schlicht und ergreifend auf die Forderungen – um diese Stichworte zu verwenden –: Keine falschen Migrationsanreize setzen! Und: Bekämpfung der Schleuserkriminalität!

Auch aus diesen Gründen bitte ich Sie ganz herzlich, den Antrag abzulehnen. In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatssekretär, es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Kollegin Gülseren Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Staatssekretär Eck, ich habe mich gemeldet, weil Sie den Koalitionsvertrag angesprochen und behauptet haben, Sie hätten dort nichts gefunden. Das verwundert mich ein bisschen; denn in diesem Koalitionsvertrag steht ganz klar, dass das Resettlement-Programm, das unter der GroKo 16 Jahre lang geschlafen hat, endlich wieder aktiviert werden soll. Auch ist dort ganz klar zu lesen, dass Aufnahmeprogramme beschlossen und sichere Fluchtwege geschaffen werden sollen. Deshalb gibt es im Auswärtigen Amt eine Stelle, die mit der EU-Kommission speziell zu diesen Themen zusammenarbeiten soll. Mit grüner Unterstützung ist dazu auch eine Formulierung in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden.

Das andere ist: Es ist nett, sich zurückzulehnen und zu sagen, es sei kein Bundesland-Thema. Sie wissen aber, dass viele andere Bundesländer sich dieses Themas angenommen haben. Die Verantwortung auf die EU zu schieben, bedeutet, jeden Tag ertrinkende Menschen auszuhalten. Das ist eigentlich die Konsequenz aus Ihrer Rede; denn auch Sie haben keine Antwort auf die Frage und wollen keine Verantwortung übernehmen.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie finden es aber furchtbar, dass Menschen ertrinken. Das empfinde ich als Doppelmoral.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Liebe Frau Kollegin, wenn Sie mir aus dem Text Ihres Koalitionsprogramms einen Weg aufzeigen können, wie dieses Problem gelöst werden kann, dann nehme ich diesen Satz zurück. Sie müssen mir aber erst aufzeigen, wie man mit diesen Sätzen aus Ihrem Koalitionsvertrag das Problem lösen soll.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aussprache geschlossen, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER und die AfD sowie Herr Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Das ist die FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik" auf Drucksache 18/18260 bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 107, Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir sind am Ende unserer Tagesordnung, und ich schließe die Sitzung. Wir sehen uns morgen wieder. Schönen Abend!

(Schluss: 19:20 Uhr)